

**Antrag 61/I/2022****AK Polen****Der/Die Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Erledigt****Kein Geld für Putins Kriegskasse – Zusammenarbeit in der Energiepolitik mit Polen und der Ukraine stärken**

1 Der russische Angriffskrieg in der  
2 Ukraine und die damit verbunde-  
3 nen Gräueltaten auf Befehl des  
4 russischen Präsidenten sind gra-  
5 vierende Völkerrechts- und Men-  
6 schenrechtsverstöße und müs-  
7 sen sofort gestoppt werden. Da-  
8 mit scheidet Russland als Ener-  
9 gielieferant von Steinkohle, Erdöl  
10 und Gas aus. Gleichzeitig muss  
11 die Versorgungssicherheit garan-  
12 tiert werden, ohne dabei die En-  
13 ergiewende durch neue fossile  
14 Infrastruktur zu konterkarieren  
15 oder Energiearmut zu begünsti-  
16 gen.

17 Damit die Unabhängigkeit von  
18 russischem Gas machbar und  
19 sozial vertretbar wird, muss das  
20 Bundesministerium für Wirt-  
21 schaft und Klimaschutz (BMWK)  
22 nicht nur LNG (Liquefied Na-  
23 tural Gas) - Kontingente aus  
24 anderen Ländern vertraglich  
25 sichern, sondern auch verstärkt  
26 Synergien **mit existierenden EU-**  
27 **ausländischen LNG-Terminals**

Erledigt durch Leitantrag

28 nutzen. Sonst besteht die Gefahr  
29 eines Aufbaues kostenträchtiger  
30 nationaler Überkapazitäten und  
31 damit fossiler Investitionsruinen.  
32 Dazu müssen wir viel stärker  
33 mit unseren EU-Nachbarn  
34 eine Kooperation bezüglich  
35 der LNG-Terminalkapazitäten  
36 ausbauen. Es sind neben den  
37 LNG-Terminals in Zeebrügge,  
38 Rotterdam und Spanien u.a.  
39 auch der grenznahe LNG-Port  
40 im polnischen Świnoujście in die  
41 LNG-Versorgungskonzeption des  
42 BMWK einzubeziehen. Zentrales  
43 Thema ist dabei der Transport  
44 in das deutsche Gasnetz, wie  
45 z.B. durch Pipeline-Anbindungen  
46 oder durch Transport auf der  
47 Schiene. Dies gilt auch für Gas  
48 aus der im Herbst fertig werden-  
49 den Baltic Pipe von Norwegen  
50 nach Niechorze-Pogorzelica. Das  
51 könnte auch beispielgebend für  
52 die EU sein, denn wir brauchen  
53 nicht nur einen gemeinsamen  
54 Strommarkt, sondern auch einen  
55 gemeinsamen Markt für Gas und  
56 zukünftig für die regenerativen  
57 Energien.

58 Gerade der Fall PCK Schwedt  
59 zeigt leider deutlich, was es heißt,  
60 von einem einzigen Energielie-  
61 feranten abhängig zu sein, der

62 zudem noch ein Kriegstreiber  
63 ist. Deshalb müssen Polen und  
64 Deutschland für West-Polen und  
65 die ostdeutschen Länder eine  
66 gemeinsame zukunftsfähige  
67 Energiepolitik initiieren, die kurz-  
68 fristig die Energieversorgungs-  
69 sicherheit durch Kooperationen  
70 von Öl-Lieferungen über polni-  
71 sche und deutsche Ostseehäfen  
72 ermöglicht, mittelfristig aber  
73 gemeinsam Konzepte entwickelt  
74 und umsetzt, die auf die De-  
75 carbonisierung, z.B. durch den  
76 Einsatz von H2 setzt. Nur so wird  
77 PCK Schwedt eine Zukunft haben  
78 und Arbeitsplätze für die nächste  
79 Generation gesichert.

80 Wir fordern, dass die Bundesre-  
81 gierung sich dafür einsetzt, dass  
82 es mit Polen und der Ukrai-  
83 ne eine gemeinsame Energiepo-  
84 litik geben soll. **Wir fordern die**  
85 **Deutsch-Polnische Regierungs-**  
86 **kommission auf, sich stärker**  
87 **dem Thema Energie zu widmen**  
88 **und dafür eine eigene Arbeits-**  
89 **gruppe Energie ins Leben zu ru-**  
90 **fen. Für die Oder-Partnerschaft**  
91 **der deutsch-polnischen Grenz-**  
92 **region fordern wir die Ausgrün-**  
93 **dung eines Runden Tisches En-**  
94 **ergie & Klima.**

95

**96 Begründung**

97 Da der kurzfristige Ausbau zum  
98 kompletten Ersetzen von Erdgas  
99 von notwendigen erneuerbaren  
100 Energien innerhalb mehrerer  
101 Monate nicht machbar ist, muss  
102 die deutsche Gasversorgung  
103 auf LNG (Liquefied Natural Gas)  
104 umgestellt werden, das per  
105 Tanker aus den USA, Katar,  
106 Norwegen transportiert und  
107 in speziellen LNG-Terminals  
108 entladen und regasifiziert wird.  
109 Deutschland hat keine solchen  
110 LNG-Terminals und ist damit  
111 auf Terminals in anderen euro-  
112 päischen Ländern angewiesen.  
113 Deshalb hat die Bundesregierung  
114 entschieden, zwei schwimmende  
115 LNG-Terminals in Wilhelmsha-  
116 ven und Brunsbüttel zu bauen,  
117 die Entscheidung für ein drit-  
118 tes Terminal steht noch aus.  
119 Um den sehr ambitionierten  
120 Zeitplan einer Inbetriebnahme  
121 ab 2023 einzuhalten, bringt  
122 die Bundesregierung ein LNG-  
123 Beschleunigungsgesetz in den  
124 Bundestag ein. Es soll Genehmi-  
125 gungsverfahren beschleunigen,  
126 insbesondere durch die Um-  
127 gehung der Umweltverträglich-  
128 keitsprüfung.

129 Das BMWK berücksichtigt mögli-

130 che LNG-Terminals in Zeebrügge,  
131 Rotterdam sowie in Spanien,  
132 wobei nur die ersten beiden  
133 Pipeline-Verbindungen in das  
134 deutsche Gasnetz haben. Die  
135 Anbindung der spanischen  
136 LNG-Ports an die mitteleuropäi-  
137 sche Gasleitungsinfrastruktur  
138 ist kurzfristig nicht machbar,  
139 da es erhebliche geologische  
140 wie auch politische Hemmnisse  
141 gibt. Dagegen gibt es in nächs-  
142 ter Nähe einen hochmodernen  
143 LNG-Port im polnischen Swinou-  
144 jście, der 2016 eröffnet worden  
145 ist und jetzt schon erweitert  
146 wird. Bisher findet dieses LNG-  
147 Terminal der Polskie LNG S.A.  
148 beim BMWK keine Beachtung,  
149 obwohl Deutschland auf einen  
150 schnellen Ausstieg aus dem  
151 russischen Gas auf sehr viele  
152 LNG-Ports angewiesen ist.

153